

„Ran an die Ursachen!“

Impulsreferat von Thomas Gebauer, medico international

I.

„Ran an die Ursachen!“ – Genau darum muss es gehen, wenn das Ziel unseres Handelns die nachhaltige Überwindung von Armut und Abhängigkeit sein soll.

Aber tut es das auch? Zielt beispielsweise die Politik der Bundesregierung tatsächlich auf die Beseitigung von Armut, wie sie behauptet? Ist das, was wir, was zivilgesellschaftliche Akteure tun, wirklich geeignet dafür, einen Beitrag zur sozialen Entwicklung und der Befreiung der Menschen zu leisten? Schauen wir nach Haiti, wo vier Jahr nach dem Erdbeben noch immer weit über 100.000 Menschen in provisorischen Zeltstädten und Baracken leben, ohne Aussicht auf Veränderung, verwahrt in einer anscheinend auf Dauer gestellten Lagerexistenz, unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, trotz aller – und das meine ich keineswegs ironisch – trotz aller guten Absichten?

Der fast schon beschwörende Appell „Ran an die Ursachen“ lässt vermuten, dass ein ursachenbezogenes Engagement keine Selbstverständlichkeit ist, zumindest nicht die Regel. Und eben deshalb ist es keine Zeitverschwendung die Dinge, mit denen wir selbst beschäftigt sind, immer wieder kritisch unter die Lupe zu nehmen - ob als aktive Helfer, als Förderer von Projekten, als Spender oder als interessierte Öffentlichkeit.

Notwendig erscheint mir dazu zweierlei: einmal die Analyse der Ursachen selbst: Ist unser Verständnis der Ursachen zutreffend? Ziehen wir die richtigen Schlussfolgerungen? Und dann natürlich die Frage der Strategie: Wie machen wir uns ran an die Ursachen? Nutzen wir unsere Chancen? Zu beiden Bereichen will ich Ihnen ein paar Gedanken vortragen, die mit Blick auf die Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur bruchstückhaft sein können.

II.

Entwicklungspolitisches Engagement kann, Sie wissen das aus eigenen Erfahrung, sehr vielfältig sein: wir unterstützen Partner im Süden, wir leisten entwicklungspolitische Bildungsarbeit, organisieren Kampagnen und bemühen uns um politische Einflussnahme, immer mit dem Ziel, für eine Art Ausgleich zwischen Nord und Süd zu sorgen.

Seit vielen Jahren beschäftigt sich die kritische Sozialforschung auch mit der gesellschaftlichen Bedeutung eines solchen Engagements. Erstaunlich ist, mit welcher Klarheit der ambivalente Charakter von Hilfe und Unterstützung herausgearbeitet wurde. Hilfe kann einerseits zur Befreiung aus prekären Lebensumständen beitragen, sie kann aber auch das genaue Gegenteil bewirken und bestehende Abhängigkeiten stabilisieren und so am Ende ausgerechnet die gesellschaftlichen Verhältnisse stützen, die Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen.

Auch auf die legitimatorische Funktion von Hilfe, ist immer wieder verwiesen worden. Eine Welt, die aus Helfern und Hilfsbedürftige besteht, klingt so viel beruhigender als eine Welt, die in Mächtige und Ohnmächtige, Reiche und Arme, Privilegierte und Ausgeschlossene gespalten ist.

Mit eben diesen Spaltungen aber muss sich solidarisches Engagement auseinandersetzen, wenn es „ran an die Ursachen“ gehen will.

II.

Im Zuge der Globalisierung ist die Welt zwar näher zusammengerückt, zeigt sich aber heute gespaltener denn je. Hier der prosperierende globale Norden mit seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturelle Vorherrschaft, dort der globale Süden, die Zonen des Elends, der Perspektivlosigkeit, des sozialen Ausschlusses. Ich spreche vom globalen Norden und globalen Süden, weil die Spaltungen längst nicht mehr zwischen Nord und Süd verlaufen, sondern sich Zonen des Reichtums auch im Süden entwickelt haben, während sich Phänomene des sozialen Ausschlusses auch am Rande der Städte des Nordens ausbreiten.

In Glasgow hat man das vor einigen Jahren untersucht: was meinen Sie, wie groß der Unterschied in der Lebenserwartung von Bewohnern ärmerer und wohlhabender Stadtviertel von Glasgow ist? Es sind 28 Jahre.

Wachsende Ungleichheit, die Vernichtung von Lebensgrundlagen, die Ernährungskrise, die Auslieferung von Menschen an Naturgewalten, etc. - all das sind aber keine Betriebsunfälle, sondern stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit einer Ökonomie, deren eigentliches Ziel nicht die Förderung menschenwürdiger Lebensumstände ist, sondern die Erwirtschaftung von Rendite. Nicht die Globalisierung als solche ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie stattgefunden hat: als globale Entfesselung des Kapitalismus, der inzwischen bis in den letzten Winkel der Erde vorgedrungen ist. Erstaunlich genug, auch das Davoser Weltwirtschaftsforum musste kürzlich einräumen, dass mit der Globalisierung auch die Risiken für sozialen Ausschluss dramatisch zugenommen haben.

Die Gründe für die neoliberale Umgestaltung der Welt reichen zurück bis in die 1970er Jahre. Damals schienen hierzulande die Grenzen des Wachstums erreicht und die Schaffung von Rendite nur noch möglich über die Privatisierung von Gemeingütern sowie vor allem die Senkung der Produktionskosten. Dazu mussten die Produktionsabläufe dereguliert, Arbeitsplätze in Billiglohnländer ausgelagert, Unternehmenssteuern gesenkt und der internationale Waren- und Kapitalverkehr liberalisiert werden. Wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme, die vor allem den Ländern des Südens aufgenötigt wurden, sorgten für die notwendigen Voraussetzungen. Vielerorts konnte ein günstiges „Investitionsklima“ nur über einen weitreichenden Sozialabbau erzeugt werden.

Das neoliberale Versprechen aber, das mit der Deregulierung, der Entfesselung der Ökonomie auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als falsch erwiesen. Statt zu einem „trickle down“-Effekt kam es zu dem, was im Englischen „Take it from the needy, give it to the greedy“ genannt wird. Und so hat das weltweite Wirtschaftswachstum die bestehende Ungleichheit nicht beseitigt, sondern verfestigt – bisweilen sogar so vorangetrieben, dass heute aus vielen Teilen der Welt von der Rückkehr der Sklavenwirtschaft berichtet wird.

IV.

Sie kennen das Credo des Neoliberalismus; es gipfelt in dem ebenso schlichten wie zynischen Satz: „Wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht!“ Von dort ist es nicht mehr weit gewesen zu Margaret Thatchers monströsem Spruch „There is no such a thing as society“, mit dem sie in den 80er Jahren den Startschuss für die Aushöhlung solidarisch verfasster Gesellschaftlichkeit gab. Zug um Zug sind seitdem die Institutionen sozialen Sicherung, sind Bildung, Gesundheit, Rente, etc. privatisiert und wirtschaftlichen Profitinteressen untergeordnet worden. Obwohl nie empirisch nachgewiesen wurde, dass die private Initiative tatsächlich leistungsfähiger sei als die öffentliche, hat die Verunglimpfung von gesellschaftlichen Institutionen als ineffektiv bzw. als Ausdruck staatlicher Gängelung

dazu beigetragen, das Prinzip öffentlicher Verantwortung durch die neoliberal überhöhte Idee von Eigenverantwortung zu ersetzen.

Es sind weitreichende Konsequenzen, die mit der Aufkündigung von Gesellschaftlichkeit, besser deren Unterwerfung unter die Interessen von Ökonomie und Macht, einhergehen. Ein neues Menschenbild entstand, das weniger die sozialen Verhältnisse für die Lage der Menschen verantwortlich machte, als die Menschen selbst. Nicht nur dem Boulevard gelten heute Armut, Bildungsferne oder Flucht als tendenziell selbstverschuldet – die Leute haben es halt nicht gepackt, sie haben ihre Chance nicht genutzt. Übersehen wird dabei, dass der Appell zur Eigenverantwortung just in dem Augenblick erging, als die Voraussetzung für Eigenverantwortung systematisch unterhöhlt wurden, die „capabilities“, die Verwirklichungschancen, wie das Amartya Sen sagen würde, nicht größer, sondern kleiner wurden. Ohne soziale Absicherung, ohne Zugang zu Bildung, Gesundheit, Information, Kultur, ohne Gesellschaftlichkeit kann die Idee von Eigenverantwortung nur in einem auf Eigennutz bedachten Egoismus enden – oder eben in dessen Kehrseite, dem aufgezwungenen sozialen Ausschluss.

Dort, wo öffentlich geregelte Daseinsfürsorge sowieso nur in Ansätzen existiert hatte, in den Ländern des Südens mündete der Sozialabbau in einem nahezu vollständigen Kollaps öffentlicher Sozialpolitik. Damit ist für den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung das verloren gegangen, was in öffentliche Daseinsfürsorge steckt: nämlich gegenseitige Hilfe. Hilfe freilich, die nicht vom Goodwill einzelner abhängt, sondern über gesellschaftliche Übereinkünfte abgesichert ist, durch demokratisch gebildete Institutionen garantiert und über Mechanismen verpflichtender Umverteilung bzw. fiskalischer Transferleistungen finanziert wird.

Bei aller Kraft, die im Engagement von Hilfsorganisationen steckt, steht außer Frage, dass sie diesen Verlust nur unzureichend kompensieren können. Weder im quantitativen Sinne, noch rechtlich. Im Gegensatz zu öffentlichen Institutionen sind private Hilfsorganisationen, Bürgerstiftungen, etc. den Bedürfnissen und Rechtsansprüchen von Menschen nicht formell verpflichtet. Gegenüber öffentlichen Einrichtungen kann man noch Rechte einklagen, nicht aber gegenüber privaten Organisationen.

Vielleicht ist es notwendig, an dieser Stelle etwas Prinzipielles über NGOs zu sagen, denn auch der immense Bedeutungszuwachs, den lokale Bürgerinitiativen, gemeinnützige Wohltätigkeitsvereine, internationale Menschenrechtsorganisationen, Öko-Aktivist*innen usw. in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, ist natürlich eine Reaktion auf die gewaltigen politischen Transformationen, die mit der neoliberalen Globalisierung einhergegangen sind.

Es liegt auf der Hand, dass Regierungen ihre sozialen Aufgaben und Verpflichtungen umso eher vernachlässigen konnten, wie sie von NGOs übernommen wurden. Tatsächlich sind die Funktionen, die NGOs heute übernehmen, vielfältig: sie helfen bei der Benennung gesellschaftlicher Probleme, sie kümmern sich um die Beeinflussung der politischen Tagesordnung, sie fungieren als Frühwarnsysteme, mobilisieren das Wissen für mögliche Lösungen und planen deren Umsetzung. Und sie sorgen für jene Daseinsfürsorge, die Staaten nicht mehr leisten, sei es, weil ihnen dazu die fiskalischen Mittel fehlen oder weil sie darin keine öffentliche Aufgabe mehr sehen.

Deutlich wird hier das neoliberale Verständnis von Hilfe, die ja eigentlich gar nicht zur Idee der Eigenverantwortung passt. Sie wurde sozusagen aus der Sphäre öffentlicher Verantwortung in eine wie auch immer geartete private Freiwilligkeit abgeschoben - was natürlich umso leichter fiel, wie private Initiativen sich angeboten haben, die sozialen Verpflichtungen von Gemeinwesen zu übernehmen. Denken Sie dabei an die vielen Wohltätigkeitsevents, die Charity-Dinners, die Bürgerstiftungen, das soziale Engagement von Firmen und Promis, die Tafeln, die sich allesamt um sozialen Ausgleich kümmern, aber –

und das ist der gravierende Unterschied – eben auf freiwilliger Basis, selbstredend ohne jede Verpflichtung.

In der Ersetzung gesetzlich geregelte Solidarsysteme durch bürgerliche Wohltätigkeit kommt eine höchst bedenkliche Tendenz zum Ausdruck. In den politischen Wissenschaften wird diese Entwicklung als rückwärtsgewandten Re-Feudalisierung der Verhältnisse bezeichnet. So gesehen bedeuten NGOs nicht nur ein Zugewinn an demokratischer Teilhabe, sondern auch dessen Gegenteil.

V.

Um solidarisches Engagement aus solchen Verstrickungen herauslösen zu können, müssen wir genauer hinsehen. Notwendig ist, auch den latenten Inhalten nachzuspüren, die selbst noch mit wohlmeinenden Hilfeprogrammen transportiert werden. Man kann da einiges entdecken: längst überwunden geglaubte koloniale Übergriffe z.B., ebenso einen affirmativen Pragmatismus, der auf Anpassung statt auf Veränderung zielt und letztlich im Verbot utopischen Denkens mündet.

Zu den großen Problemen heutiger Solidaritätspraxis zählt für mich, dass auch sie zunehmend vom ökonomischen Kalkül durchdrungen wird, dass die „Kolonisierung der Lebenswelten“, wie Jürgen Habermas das genannt hat, auch vor den Träger der Hilfe, den Hilfsorganisationen, nicht halt gemacht hat. Deutlich wird das sowohl in der internen Arbeitsorganisation, als auch in den nach außen verfolgten Konzepten.

Ich nehme an, dass viele von Ihnen aus eigener Erfahrung von den bedenklichen Folgen berichten können, die die anhaltende Ver-Betriebswirtschaftlichung von NGO-Arbeit mit sich gebracht hat. Obwohl sozialer Wandel, und darum sollte es ja gehen, voller Eigensinn und Unbestimmtheit steckt, gilt heute auch unter NGOs ein business-orientiertes Management als Beleg für Professionalität. Nichts gegen genaue Planung. Aber was folgt daraus, wenn die Ziele eines Projektes messbar, realistisch und terminiert sein sollen, wie es einschlägige Managementschulungen fordern. Helfen solche aus der Warenproduktion stammenden Orientierungen im Kampf gegen die Ursachen von Hilfsbedürftigkeit, gegen die strukturelle Armut, gegen ungerechte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, gegen einen Tyrannen? „Mut ist, zu kämpfen auch wenn der Gegner übermächtig ist“, steht es zu recht auf großformatigen Plakaten von Misereor. Aber kann man unter solchen Umständen mit unmittelbar messbarem Output rechnen? Ist ein Engagement, das anfangs womöglich aussichtslos erscheint, mit unzähligen Rückschlägen behaftet sein kann und sich schließlich über Jahre, ja sogar Generationen hinwegzieht, deshalb falsch?

Bedenklich jedenfalls stimmt, dass im entwicklungspolitischen Jargon heute immer häufiger von Investitionen und gar von Erträgen, einem „return of investment“ die Rede ist und die Parameter von Hilfe mehr und mehr von Managern bestimmt werden, die es gewohnt sind, Probleme über die effiziente Verknüpfung von Marktkräften, Technik und Management zu lösen.

Vielleicht nicht immer bewusst, konnte sich so die neoliberal überhöhte Idee von Eigenverantwortung auch in die Konzeptionen von Hilfe einschleichen. Noch heute geistert die Vorstellung, aus Armen „Entrepreneurs“, also Unternehmer in eigener Sache zu machen, durch so manches Entwicklungsvorhaben. Überspitzt formuliert geht es in solchen Projekten nicht mehr um die Beeinflussung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, wozu auch die Verteidigung einer solidarisch verfassten Gesellschaftlichkeit zählen würde, sondern um die Anpassung der Leute an eine ihnen von außen übergestülpte Lebensform, die voller Risiken steckt. Ja, auch Hilfsorganisationen haben Anteil daran, dass sich die kapitalistische Gesellschaftsform bis in den letzten Winkel der Erde ausbreiten konnte.

Weil den Anderen, den Menschen im Süden, den Partner vor Ort Anerkennung im Sinne des Zugestehens von Souveränität nicht wirklich zuteil wird, entpuppen sich selbst viele der gut gedachten Empowerment-Ansätze als Anpassungsprojekte. Statt den Leuten dabei zu helfen, alternative Lebensentwürfen zu entfalten, dreht sich noch immer ein Großteil des entwicklungspolitischen Engagements um die Bereitstellung von tools und Techniken, von Management-Knowhow und Motivationshilfen, um mit den offenbar konstant gesetzten Widrigkeiten dieser Welt besser zurecht zu kommen.

Nicht die Praktiken der Nahrungsmittelmultis stehen im Fokus des Mainstream der Hilfe, sondern Trainingsprogramme, die auf das individuelle Essverhalten zielen. Nicht die strukturelle Gewalt, die Traumata und andere seelische Erschütterungen begründet, sondern die Kurztherapie, die die individuelle „Resilienz“ fördern soll. Nicht das gemeinsame Bemühen um eine angemessene Bildungsreform, sondern die medikamentöse Ruhigstellung derjenigen, die mit dem bestehenden Bildungswesen nicht zurechtkommen. Nicht die Kritik am herrschenden Finanzkapitalismus, sondern die Verführung selbst noch der Ärmsten der Armen, darin auf unterster Ebene mitzuspielen.

Welche fatalen Konsequenzen damit einhergehen, wird am Beispiel von Mikrokrediten deutlich, die über eine gesamte Entwicklungsdekade hinweg propagiert wurden. Es soll gar nicht bestritten werden, dass Mikrokredite unter bestimmten Umständen hilfreich sein können; unter dem Strich aber haben sie die Armut nicht beseitigt, sondern nur „finanzialisiert“. Millionen von Menschen wurden durch Mikrokredite in einen prekären Kreislauf aus Schulden und Schuldentilgung hineingezogen und das Prinzip solidarisch verfasster Hilfe auf den Kopf gestellt. Ein Großteil der heute aufgenommenen Mikrokredite wird für Ernährungssicherung und medizinische Versorgung genutzt. Damit wird die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen nicht nur wieder an die individuelle Zahlungsfähigkeit gekoppelt, sondern sogar noch mit Zinsen belastet. Im Zeichen der Hilfe entstand eine neue, eine verschuldete Existenzform.

Und so erweist sich die Krise der Hilfe als Krise des Gefangenseins in Einstellungen und Überzeugungen, die das Bestehende verlängern, nicht aber überwinden. „Probleme“ aber, darauf hat Albert Einstein schon hingewiesen, „kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Ich erzähle Ihnen all das, weil „Ran an die Ursachen“ für mich immer auch Ideologiekritik meint. Notwendig ist das, was Antonio Gramsci, Kampf um kulturelle Hegemonie genannt hat, das Zurückdrängen neoliberaler Überzeugungen, das Bemühen um eigene Meinungsführerschaft.

Und damit sind wir bei der Frage: was tun?

IV.

Im Prinzip sehe ich zwei Wege, die sich nicht ausschließen müssen, die ich aber – um den Unterschied deutlich zu machen – getrennt erläutere.

Wir können das tendenzielle Staatsversagen – besser: die Lücke zwischen dem Anspruch der Leute auf ein gutes Leben und einer Politik, die offenkundig andere Interessen verfolgt, zum Anlass nehmen, um gemeinsam mit den Ausgeschlossenen, den Opfern des Staatsversagen in Eigeninitiative nach Lösungen zu suchen.

Wir können aber auch, wie beispielsweise Section 27, ein Kollektiv von Anwälten, das aus der Bewegung des AIDS-Aktivisten hervorgegangen ist, unsere Aufgabe nicht darin sehen, stellvertretend für versagende Staatlichkeit in die Bresche zu springen. Die Mitarbeiter von Section 27, ein Partner von medico, engagieren sich für etwas, das sie Human Rights

Literacy nennen: sie informieren die Leute über ihre Verfassungsrechte und helfen ihnen dabei, diese Rechte in der Öffentlichkeit und gegenüber den Behörden geltend zu machen. So werden nicht unbedingt Projekte gefördert, sondern Haltungen: Section 27 hilft, dass Menschen aus der Marginalisierung heraustreten und sich als Bürger, als Citoyen auf der politischen Bühne zu Wort melden. Die öffentlichen Räume, die dabei entstehen, sind die Voraussetzung dafür, dass sich Widerspruch artikulieren kann und zu einer politischen Kraft wird.

Nichts anderes hat sich übrigens auf den Plätzen von Kairo, Stuttgart, Istanbul oder Sao Paulo ereignet. Die Auflehnung, die da manifest wurde, richtete sich gegen ein autoritäres, oft als alternativlos apostrophiertes „Durchregieren“, mit dem die Kolonisierung der Lebenswelten, die anhaltende Enteignung von Gemeingütern und die Einengung öffentlicher Räume durchgesetzt werden soll. Ob als Einzelkämpfer, als Teil sozialer Bewegungen, in gewerkschaftlichen Gruppierungen oder in Menschenrechtsvereinen, mit ganz unterschiedlichen Politikformen drängen heute überall in der Welt die Leute auf die Rückeroberung von Öffentlichkeit, auf eine Politik der sozialen Verantwortung als Voraussetzung für ein gutes Leben für alle.

In eben diesen Prozessen und Bewegungen liegt für mich die Chance für nachhaltige Veränderungen. An lokalen Kämpfen anzudocken, am widerständigen Begehren der Leute, heißt für mich: Ran an die Ursachen.

VII.

Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade: diese drastischen Worte werden Pestalozzi, einem Zeitgenossen der Französischen Revolution zugeschrieben. Eindrücklich wird uns darin eine Kategorie in Erinnerung gerufen, die zuletzt immer stärker unter Druck geraten ist: die Idee verfassungsmäßiger Rechte. Die aber ist insofern entscheidend, als Menschen sich nur als Teil rechtlich verfasster Gemeinschaften ihre Rechte sichern. Nur dort, wo beispielsweise ein öffentlich getragenes Gesundheitswesen existiert, kann das Recht auf Gesundheit auch geltend gemacht werden. Fehlen öffentliche Institutionen, läuft das Recht sozusagen ins Leere.

Ran an die Ursachen heißt deshalb, sich einen solchen politischen Menschenrechtsbegriff zu Eigen zu machen. Denn in den Menschenrechten steckt mehr als nur die abstrakte Idee für ein gutes Lebens. Sie verweisen auch auf die Verpflichtung von Gemeinwesen, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu sorgen. Rechte begründen Rechtsansprüche, die nichts wert wären, wenn sie nicht mit entsprechenden öffentlichen Garantien einhergingen.

Gott und die Welt reden in diesem Zusammenhang heute von Gemeingütern, aber auf fast schon abenteuerliche Weise scheint dabei völlig offen zu sein, was denn Gemeingüter seien. Geht es um Serviceangebote, um Güter also, die ein Staat bereitstellt und zu denen alle Zugang haben müssen, oder geht es mehr um Prozesse, um ein commoning, mit dem Gemeinwesen klären, wie sie mit Ressourcen umgehen wollen. Ob sie zum Beispiel Hightech Medizin wollen, die am Ende nur wenigen zu Teil wird, oder eine höchst mögliche Versorgung für alle?

Zu den beherrschenden entwicklungspolitischen Themen zählt gegenwärtig die Debatte über mögliche MDG-Nachfolgeziele. Auffallend ist, dass vor allem Experten und Politiker miteinander diskutieren, aber diejenigen, um deren Entwicklung es geht, praktisch überhaupt nicht zu Wort kommen. Deutlich wird in der Post 2015 Debatte, dass Global Governance keineswegs ein Mehr an demokratischer Beteiligung bieten muss und sich die „runden Tische“ als Verschleierung bestehender Machtunterschiede erweisen können. Aber muss nicht die Art und Weise, wie Armut zu bekämpfen wäre, von den Armen selbst entschieden werden? Die womöglich ein ganz anderes Gesellschaftsmodell und andere Formen von Ökonomie vor Augen haben, als die, mit denen Entwicklungsexperten die Welt überziehen?

VIII.

Wenn ich zum Schluss von der Arbeit von medico erzähle, dann nicht um Werbung zu machen, sondern an einem Beispiel, das ich etwas genauer kenne, zu erläutern, was „Ran an die Ursachen“ konkret heißen könnte.

Gestartet ist medico als klassische Hilfsorganisation, die über konkrete Hilfsprojekte zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage in der Welt beitragen wollte. Das tun wir zwar noch immer, doch gab es in den letzten 20 Jahren eine deutliche Akzentverschiebung: wichtiger als ein einzelnes Projekt wurden uns die Beziehungen zu den Partnern. Mehr und mehr gewannen wir die Überzeugung, dass strukturelle Veränderungen nur gelingen, wenn Menschen über nationale Grenzen hinweg beginnen, gemeinsam für eine andere, eine solidarische Welt zu streiten.

Über die konkrete Projektarbeit hinaus, haben wir deshalb begonnen, gezielt den Aufbau transnationaler Vernetzungen zu fördern. Aus der Unterstützung von Kriegsversehrten wurde die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen, aus der Versorgung von ländlichen Dorfapotheken mit Arzneimitteln der pharmakritische Zusammenschluss von Ärzten und Pharmakologen Health Action International, aus der Betreuung von Folter- und Repressionsopfern eine internationale Kooperation von Psychotherapeutinnen und -therapeuten, aus der vielfältigen Kooperation mit Gesundheitsaktivisten in aller Welt schließlich das „Peoples Health Movement“, das 2000 in Bangladesch gegründet wurde, und in dem heute Hunderte von Initiativen, lokalen NGOs und Basisprojekten zusammengeschlossen sind.

Das klingt naheliegend, aber ist unglaublich kompliziert. Denn im Gegensatz zur ökonomischen Globalisierung befindet sich das gegen-hegemoniale Projekt einer unabhängigen transnationalen Öffentlichkeit, die wirksam für Emanzipation und demokratische Selbstbestimmung eintreten kann, noch immer erst im Prozess des Werdens.

Der Leitsatz aus der Umweltbewegung: „Global denken, lokal handeln“, hat in den Kämpfen um soziale Rechte und Demokratie bislang noch nicht die strategische Relevanz gefunden, die nötig wäre. Ein gemeinsames Verständnis von den zentralen Prinzipien, die sich durch die Menschenrechte ziehen, ist noch nicht so entfaltet.

Noch fehlt z.B. ein Konsens über das Prinzip der Nicht-Diskriminierung, wenn wir zulassen, ärmere und ältere Menschen mit Minimalversorgungen abzuspeisen. Noch fehlt Konsens, was das Prinzip gesellschaftlicher Verantwortung konkret meint, welche Form von Staatlichkeit wir uns vorstellen. Noch schwanken wir auch in unseren Vorstellungen vom Prinzip demokratischer Konstitution. Bedarf es dazu eines neuen globalen Gesellschaftsvertrages, der wichtige Grundprinzipien, drei habe ich gerade erwähnt, für alle klärt und so weltbürgerliche Verhältnisse vorreitet, oder lassen wir tausend Blumen blühen und vertrauen darauf, dass sich die Dinge schon von unten entwickeln werden.

Systematisch organisiert medico heute auch strategische Meetings, zu denen wir Menschen aus allen Teilen der Welt einladen, um gemeinsam über Ziele und Ansätze für gemeinsame Strategien nachzudenken. Bei allen Gegensätzen, die mit Blick auf mitunter völlig unterschiedliche Erfahrungswelten nicht überraschen, tauchen auch Gemeinsamkeiten auf. Im Bereich globaler Gesundheitspolitik z.B. die Verteidigung und der Ausbau öffentlicher Versorgungseinrichtungen. Während hierzulande der Widerstand gegen die Privatisierung wächst, drängen Aktivisten im Süden darauf, die Gemeinwesen zu stärken, um Gesundheit aus der Abhängigkeit von privater Kaufkraft herauszulösen. Im Schnittpunkt nimmt die Idee einer steuerfinanzierten sozialen Infrastruktur Kontur an, eines Ensembles von Gemeingütern, das allen Menschen kostenfreien Zugang zu Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Kultur, Information Mobilität, etc. ermöglicht.

Was tun? Lassen Sie mich Ihnen eine letzte Empfehlung geben: Leisten Sie sich utopisches Denken. Wer Visionen hat, muss nicht zum Arzt gehen. Mit Blick auf das multiple Krisengeschehen, das unter dem Banner des Realismus eskaliert ist, müssen ernstzunehmende Projekte absichtsvoll über einen realistisch-pragmatischen Rahmen hinausreichen.

Vielen Dank!

Zusammenfassung (nicht vorgetragen)

1.

Die Krise, die in der Welt herrscht, lässt sich nicht mit demselben Denken überwinden, das sie erzeugt hat. Prüfen Sie deshalb alle Ihre Vorhaben, ob sie tatsächlich auf eine andere, eine solidarische Welt zielen oder über sie die Leute nur an die bestehenden Verhältnisse anpassen sollen.

2.

Seien Sie wachsam gegenüber dem, was ich als Managerialisierung von sozialem Handeln bezeichnet habe. Sozialer Wandel nämlich lässt nicht am Reißbrett planen. Bedenken Sie, dass eine Orientierung an betriebswirtschaftlichen Vorgaben auch Einfluss nehmen kann auf die Ziele, die Sie sich setzen.

3.

Denken Sie, wenn Sie an die Ursachen herangehen wollen, in längeren Zeiträumen. Zu den herrschenden Verhältnissen Alternativen zu entwerfen und durchzusetzen, ist ein Projekt von Generationen.

4.

Planen Sie Ihre Projekte nicht allein entlang eines unmittelbaren outputs. Wichtiger als das Schulgebäude, das Gesundheitszentrum, die Konferenz, der Workshop, ist das, was darin geschieht: das Herstellen von öffentlichen Räumen, in denen Menschen zusammenfinden, um – als Ausdruck von Souveränität – an politischen Entscheidungen mitwirken zu können

5.

Veränderung beginnt mit Ideologiekritik. Wer sich auf den hegemonialen Diskurs von Eigenverantwortung und Alternativlosigkeit einlässt, hat schon verloren. Notwendig ist es, Alternativen stark zu machen, eine gegenhegemoniale Position aufzubauen.

6.

Diskutieren Sie mit Ihren Partnern im Süden oder bei gemeinsamen Kampagnen hierzulande, ob die drei genannten Prinzipien Nicht-Diskriminierung, öffentliche Verantwortung und demokratische Konstitution/Souveränität, bei aller Verschiedenheit der Politikfelder und Erfahrungshintergründen eine verbindende Orientierung für gemeinsame Strategien geben können.

7.

Vor allem: leisten Sie sich utopisches Denken. Wer Visionen hat, muss nicht zum Arzt gehen. Mit Blick auf das multiple Krisengeschehen, das in den zurückliegenden Jahrzehnten ja gerade unter dem Banner des Realismus eskaliert ist, müssen ernstzunehmende Projekte absichtsvoll über einen realistisch-pragmatischen Rahmen hinausreichen.